

**Praktikable Rahmenbedingungen für legales Glücksspiel schaffen – Netzsperrern verhindern, Destinatäre absichern und Wettmärkte europarechtskonform öffnen (Plenarsitzung vom 30.06.2011)**

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Bolte. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

**Rüdiger Sagel<sup>\*)</sup>** (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was die rot-grüne Landesregierung vorlegen wird, werden wir dann sehen. Der vorliegende Antrag der FDP-Fraktion ist in einigen Punkten in seiner Kritik am vorliegenden Entwurf eines neuen Glücksspiel-Staatsvertrages richtig, in anderen Punkten nicht. Völlig falsch ist er aber in den Schlüssen, die aus dieser Kritik gezogen werden.

Das Argument der Bekämpfung der Spielsucht ist kein behauptetes, wie Sie das in Ihrem Antragstext glauben machen wollen, verehrte Damen und Herren der FDP-Fraktion. Spielsucht ist eine Sucht wie jede andere Sucht auch mit ebenso katastrophalen Auswirkungen für Betroffene und ihre Angehörigen wie Alkohol- und Heroinsucht. Denn auch Spielsüchtige leben nur für ihre Sucht und geben oft ihr gesamtes Hab und Gut für die Sucht aus.

Es gibt in der Bundesrepublik ca. 500.000 spielsüchtige Menschen. Etwa 3 Millionen Personen in Deutschland weisen ein problematisches Spielverhalten auf und drohen in die Spielsucht abzurutschen. Spielsucht muss also ernst genommen werden. Das ist für meine Fraktion das wichtigste Kriterium für eine Zustimmung zum oder Ablehnung des Glücksspielstaatsvertrages.

Aus diesem Grund ist meine Fraktion im Großen und Ganzen auch eher geneigt, dem vorliegenden Entwurf des Glücksspielstaatsvertrags zuzustimmen, denn wir sehen in ihm gute und wirksame Strategien, der Spielsucht entgegenzutreten. Sicher gibt es noch Kritikpunkte, aber diese sehen wir an anderen Stellen als Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion. Aber wir haben nicht vor, eine bundeseinheitliche Regelung zu boykottieren, sondern wir werden Vorschläge machen, um den jetzigen Entwurf des Staatsvertrags zu verbessern.

Man kann beispielsweise illegales Glücksspiel über den Geldfluss verhindern. Jede Finanztransaktion ist dokumentierbar – auch beim Glücksspiel. Auf diesem Weg lässt sich illegales Glücksspiel zurückverfolgen und verhindern bzw. ausschalten.

Wir können im Übrigen immer noch nicht nachvollziehen, warum ausgerechnet sieben Lizenzen für die Anbieter von Online-Wetten vergeben werden. Die Kriterien, nach denen diese sieben Lizenzen

vergeben werden, sind noch nicht wirklich klar. Sie müssten das ändern. Hier hat die Staatskanzlei noch eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für uns der Punkt, der in Ihrem Antrag zwar in dem Titel, aber nicht in Wirklichkeit auftaucht, nämlich die Netzsperrung. Auch meine Fraktion ist grundsätzlich gegen Netzsperrungen und bevorzugt ganz klar den Grundsatz „Löschen statt Sperren“. Allerdings müssen wir uns darüber wahrscheinlich nicht mehr streiten, denn der Chef der Staatskanzlei hat bei einem Informationsgespräch bereits mitgeteilt, dass der Passus, der in Richtung pro Netzsperrung interpretiert werden konnte, wahrscheinlich gestrichen wird.

***(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)***

Was meine Fraktion auf keinen Fall unterstützen kann, ist das Ansinnen, den schleswig-holsteinischen Gesetzentwurf zu übernehmen, unabhängig davon, ob er europarechtlich notifiziert ist oder nicht.

Meine Fraktion ist zwar ganz klar für eine Harmonisierung der EU-Rechtsprechung, aber bitte auf hohem Niveau und nicht mit einer weiteren Deregulierung!

Ein Punkt fehlt völlig in der Debatte, nämlich die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen. Was bringt es uns, was nützt es den Menschen in NRW, wenn die Beschränkungen beim Glücksspiel aufgehoben werden? Nach meiner Meinung und der der Fraktion absolut nichts. – Der Überweisung stimmen wir natürlich gerne zu. Aber der Antrag ist nicht besonders toll. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger in Vertretung der Frau Ministerpräsidentin.